

05/01/09

„Die Diskriminierung gegen Transgender Personen darf nicht länger geduldet werden“

von Thomas Hammarberg, Kommissar des Europarates für Menschenrechte



Während der Besuche in Mitgliedsstaaten des Europarates, wurde ich an die andauernde Diskriminierung auf Grund der geschlechtlichen Identität erinnert. Transgender Menschen stoßen in ihrem täglichen Leben auf viele Probleme, auf Mangel an Sensibilität, auf Vorurteile oder vollständige Zurückweisung.

Es gab einige extrem grausame Hassverbrechen gegen transsexuelle Menschen. Ein Fall, der in Medien besondere Aufmerksamkeit erlangte, war der Mord an einer obdachlosen, HIV-positiven, brasilianischen transsexuellen Frau namens Gisberta (Luna) Salce Junior in Portugal. Sie wurde von einer Gruppe junger Männer gefoltert und vergewaltigt, in einen Brunnen geworfen und ihrem Tode überlassen.

In meinen Gesprächen mit Nichtregierungsorganisationen, welche die Rechte von Transgender Menschen verteidigen, zeigte es sich, dass eine große Zahl ähnlicher Verbrechen nicht angezeigt werden, sogar bei schlimmen Fällen. Einer der Gründe dafür scheint das mangelnde Vertrauen in die Polizei zu sein.

Einige Menschen scheinen ein Problem mit der bloßen Existenz von Menschen zu haben, deren Ausdruck ihrer inneren Geschlechtsidentität nicht mit dem bei dem Geburt bestimmten Geschlecht übereinstimmt. Gewalt gegen transsexuelle Menschen kann jedoch nicht mit Unwissenheit oder mangelnder Erziehung entschuldigt werden. Solche Verhaltensweisen verursachen schwere Verletzungen an unschuldigen und verwundbaren Menschen und müssen deswegen aufgezählt werden.

Ich bin betroffen vom Mangel an Wissen über die Menschenrechtsprobleme von denen transsexuelle Menschen betroffen sind, sogar bei politischen Entscheidungsträgern. Dies ist vielleicht auch der Grund, warum bisher nichts gegen Transphobie und Diskriminierungen auf Grund der Geschlechtsidentität getan wurde. Das Ergebnis davon ist, dass solche Menschen überall in Europa diskriminiert werden, in Bereichen wie Arbeitswelt, Gesundheit und im Wohnwesen.

In einer Vielzahl von Ländern beginnt das Problem schon mit der offiziellen Anerkennung. Transgender Menschen, die sich nicht mehr mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren, wollen ihre Geburtsurkunden, Ausweise und andere Dokumente ändern, erleben hier aber oft Schwierigkeiten. Dies wiederum führt zu einer großen Zahl weiterer konkreter Probleme im Alltag wenn sich jemand ausweisen muss - in der Bank oder auf der Post, beim Benutzen einer Kreditkarte oder bei Auslandsreisen.

Ein gut dokumentierter Fall ist der von Dr. Lydia Foy aus Irland, die ihren offiziellen Geschlechtseintrag von männlich zu weiblich auf ihrer Geburtsurkunde ändern lassen wollte. Nach einem 10

Jahre dauernden Kampf entschied das Oberste Gericht Irlands 2007, dass der Staat gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass Staaten angehalten sind, den Wechsel der Geschlechtsrolle bei operierten Transsexuellen rechtlich anzuerkennen. In einem Fall beklagte Christine Goodwin, eine operierte transsexuelle Frau von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz betroffen zu sein, von Diskriminierungen bei Krankenkassenbeiträgen und der Tatsache, dass sie nicht ihren Mann heiraten konnte (da sie rechtlich noch als Mann geführt wurde).

Der Gerichtshof führte an, dass "die Kernbotschaft der Menschenrechtskonvention der Respekt vor der Würde des Menschen und der Freiheit des Menschen sei. Artikel 8 der Konvention regelt im Besonderen den Schutz der Privatsphäre jedes Individuum, einschließlich des Recht selbst bestimmt über seine menschliche Identität zu entscheiden."

In einigen europäischen Staaten ist es nun möglich geworden, offizielle Unterlagen ändern zu lassen und einen neuen Vornamen zu erhalten. In anderen Staaten ist es jedoch nicht möglich seine Geburtsurkunde ändern zu lassen. In einer Reihe von Mitgliedsstaaten des Europarates sind solche Änderungen nur erlaubt, wenn nachgewiesen wird, dass der Transgender Mensch sterilisiert ist, für zeugungsunfähig erklärt wurde oder eine andere medizinische Maßnahme hinter sich hat, wie eine geschlechtsangleichende Operation oder eine Hormonbehandlung. Die aufrichtige Beteuerung eines betroffenen Menschen über seine Geschlechtsidentität wird nicht als ausreichend angesehen, und die Angebrachtheit von medizinischen Maßnahmen für diese Person wird nicht in Frage gestellt.

Zusätzlich verlangen viele Länder, dass sich ein verheirateter Mensch scheiden lässt, bevor er in seinem neuen gelebten Geschlecht anerkannt werden kann, sogar wenn sich ein Ehepaar sich nicht scheiden lassen will. Dies hat wiederum einen Einfluss auf die Kinder der Verheirateten. In der Realität ist es so, dass in einigen Ländern der Elternteil, der einen rechtlichen Geschlechtswechsel hinter sich hat, das Sorgerecht verliert. Solche Gesetze, welche Scheidungen verlangen müssen im Sinne der besten Interessen für das Kind geändert werden.

Operationen als Voraussetzungen zu verlangen, um einer rechtliche Anerkennung genießen zu können, ignoriert die Tatsache, dass solche Operationen nicht immer gewünscht werden, medizinisch machbar sind, zugänglich sind oder bezahlbar (ohne öffentliche oder andere Unterstützung). Es wird geschätzt, dass nur 10 Prozent aller Transgender Personen in Europa zur Zeit eine geschlechtsangleichende Operation vornehmen lassen.

Sogar der Zugang zu normaler Gesundheitsversorgung ist ein Problem für Transgender Menschen. Der Mangel an ausgebildetem medizinischem Personal, die sich mit den spezifischen medizinischen Bedürfnissen von Transgender Menschen auskennen - oder einfach Vorurteile gegenüber Transgender Menschen - führen auf Grund von unvorhersehbaren und manchmal feindseligen Reaktionen zu Verletzungen.

Im Vereinigten Königreich haben transsexuelle Frauen sich abgekämpft mit ihrem Geschlechtseintrag bei den Rentensystemen anerkannt zu werden. Trotz überwältigender rechtlicher Argumentationen wurden ihnen aber bisher die Rentenansprüche, die andere Frauen im Land ohne jede Frage genießen, verwehrt.

Im täglichen Leben gibt es noch andere Schwierigkeiten. Ein Hauptproblem für transsexuelle Menschen ist Belästigung und Diskriminierung am Arbeitsplatz. Manche kündigen ihre Jobs um dies zu vermeiden, während andere aus Angst vor Brandmarkung auf geschlechtsangleichende Maßnahmen verzichten.

Daten, die von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte veröffentlicht wurde, zeigen auf, dass in manchen Ländern die Arbeitslosenrate bei Transgender Personen bis zu 50 Prozent erreichen kann. Manche arbeitslose transgender Menschen finden keine Anstellung mehr und sehen keine andere Möglichkeit mehr, als in der Sexbranche zu arbeiten. Ein Bericht von Human Rights Watch über die Türkei machte aufmerksam auf die Situation transsexueller Prostituierter in diesem Land, die Opfer werden von Gewalt, Drogenabhängigkeit, Vergewaltigungen, Fehlen von Krankenversicherungen, Obdachlosigkeit, Polizeiangriffen und einem hohen Risiko an HIV/AIDS.

Zur Zeit sind nur sehr wenig verlässliche Informationen zur Situation von Transgender Menschen im Bereich der Mitgliedsstaaten des Europarates verfügbar. Diese Informationen sind dringend nötig um das Ausmass der Probleme zu erkennen.

Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass wir diesen Menschen nicht umgehend ihre vollen und bedingungslosen Menschenrechte geben. Die Mitgliedsstaaten des Europarates sollten alle konkreten Maßnahmen ergreifen um sicher zu stellen, dass die Transphobie gestoppt wird und dass transsexuelle Menschen, egal wo auch immer, nicht mehr diskriminiert werden.

Thomas Hammarberg